

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Titel der russischen Originalausgabe (1993):

Власть и оппозици

Band 2 der Reihe »Gab es eine Alternative?«

Veröffentlicht im März 2006

Veröffentlicht als ePDF März 2020

© MEHRING Verlag GmbH, Essen, 2006

<http://www.mehring-verlag.de>

Alle Rechte vorbehalten

Fotomechanische Wiedergabe und Einspeicherung in elektronische Systeme nur mit Genehmigung des Verlags

Satz und Gestaltung: Klartext Medienwerkstatt GmbH, Essen

<http://www.k-mw.de>

ISBN 978-3-88634-881-7

Wadim S. Rogowin

Stalins Kriegskommunismus

Aus dem Russischen übersetzt
von Hannelore Georgi und Harald Schubärth

Mehring Verlag

Inhalt

Lesehinweis: »Gab es eine Alternative?«	8
Einführung	9
1. KAPITEL: Die Wirtschaftskrise 1927	18
2. KAPITEL: Die erste Runde der außerordentlichen Maßnahmen	23
3. KAPITEL: Die erste Runde der Vergeltungsmaßnahmen gegen die linke Opposition	35
4. KAPITEL: Die außerordentlichen Maßnahmen in der Einschätzung der linken Opposition	48
5. KAPITEL: Stalin manövriert	51
6. KAPITEL: Verhandlungen zwischen Bucharin und Kamenew	60
7. KAPITEL: Stalins Sieg in der Komintern	70
8. KAPITEL: Stalin deckt die »Rechtsabweichung« auf	75
9. KAPITEL: Warum kam es nicht zu einem Block zwischen den »Rechten« und der linken Opposition?	85
10. KAPITEL: Die Ausweisung Trotzki	95
11. KAPITEL: Stalin gegen die »Trotzkisten« – die »Trotzkisten« gegen Stalin	101
12. KAPITEL: Die Niederlage der »Rechten«	106

13. KAPITEL:	
Das Jahr 1929: Die Alternative der linken Opposition	128
14. KAPITEL:	
Von den außerordentlichen Maßnahmen zur Zwangskollektivierung	140
15. KAPITEL:	
Die erste Runde der Kollektivierung	154
16. KAPITEL:	
Die linke Opposition über die Kollektivierung	160
17. KAPITEL:	
Stalin tritt den Rückzug an	167
18. KAPITEL:	
Der sechzehnte Parteitag. Der »Todesstoß« gegen die »Rechten«	178
19. KAPITEL:	
Stalins »Kampf an zwei Fronten«	189
20. KAPITEL:	
Der »Block der Rechten und Linksabweichler«	194
21. KAPITEL:	
Die soziale Bedeutung und der Klassencharakter des »Großen Umschwungs«	198
22. KAPITEL:	
Das Jahr 1930: Die Alternative der linken Opposition	209
23. KAPITEL:	
Wirtschaft und Politik. Das Parteiregime.	214
24. KAPITEL:	
Die Methoden der stalinschen Industrialisierung.	218
25. KAPITEL:	
Vergeltungsmaßnahmen gegen die parteilose Intelligenzija	225
26. KAPITEL:	
Das Jahr 1931: Die Alternative der linken Opposition	233
27. KAPITEL:	
Die zweite Runde der Kollektivierung und ihre Ergebnisse	237
28. KAPITEL:	
Ungleichheit, Elend, Spekulation	243
29. KAPITEL:	
Ungleichheit, Privilegien und Luxus	248

30. KAPITEL:	
Das Jahr 1932: Die Alternative der linken Opposition	266
31. KAPITEL:	
Stalin, Partei und Opposition	272
32. KAPITEL:	
Die ideologische Offensive des Stalinismus	281
33. KAPITEL:	
Die Führer der ehemaligen Oppositionsströmungen zu Beginn der dreißiger Jahre	294
34. KAPITEL:	
Die »einheitliche Auffassung«	298
35. KAPITEL:	
Der Bund der Marxisten-Leninisten	304
36. KAPITEL:	
Die »Rjutin-Plattform«	313
37. KAPITEL:	
Die Zerschlagung des »Bundes der Marxisten-Leninisten«.	328
38. KAPITEL:	
Der Tod von N. S. Allilujewa.	336
39. KAPITEL:	
»Und wieso nur findet sich niemand, der Stalin beseitigen könnte?« .	339
40. KAPITEL:	
In der Sache der »Bucharin-Schule«.	345
41. KAPITEL:	
In der Sache der »konterrevolutionären trotzkistischen Gruppe«	349
42. KAPITEL:	
Die Bildung eines antistalinischen Blocks.	353
43. KAPITEL:	
In der Sache des »illegalen trotzkistischen Zentrums«	358
44. KAPITEL:	
Die Politik von Zuckerbrot und Peitsche.	360
45. KAPITEL:	
Die Säuberung der Partei.	363
45. KAPITEL:	
Das totalitäre Regime und seine »theoretische« Fundierung.	371

46. KAPITEL:	
Die Ergebnisse des ersten Fünfjahrplans	375
47. KAPITEL:	
Die Hungersnot	381
49. KAPITEL:	
Die Theorie des »Sozialfaschismus« und der Machtrtritt Hitlers . . .	397
50. KAPITEL:	
Die Wende in der Strategie Trotzki's.	414
Schlussbemerkungen	417
Personenverzeichnis.	427

Lesehinweis: »Gab es eine Alternative?«

Der vorliegende Band ist **Band 2** der sechsbändigen Edition der Publikationen Wadim S. Rogowins unter dem Titel **»Gab es eine Alternative?«**.
Alle diese Bände sind sowohl einzeln als Buch oder als ePublikation sowie als Gesamtedition erhältlich.

- **Band 1:** **»Trotzkismus«**
Print: ISBN 978-3-88634-080-4
ePDF: ISBN 978-3-88634-880-0
eBook/MOBI ISBN 978-3-88634-780-3
- **Band 2:** **»Stalins Kriegskommunismus«**
Print: ISBN 978-3-88634-081-1
ePDF: ISBN 978-3-88634-881-7
eBook/MOBI ISBN 978-3-88634-781-0
- **Band 3:** **»Vor dem großen Terror – Stalins Neo-NÖP«**
Print: ISBN 978-3-88634-074-3
ePDF: ISBN 978-3-88634-874-9
eBook/MOBI ISBN 978-3-88634-774-2
- **Band 4:** **»1937 – Das Jahr des Terrors«**
Print: ISBN 978-3-88634-071-2
ePDF: ISBN 978-3-88634-871-8
eBook/MOBI ISBN 978-3-88634-771-1
- **Band 5:** **»Die Partei der Hingerichteten«**
Print: ISBN 978-3-88634-072-9
ePDF: ISBN 978-3-88634-872-5
eBook/MOBI ISBN 978-3-88634-772-8
- **Band 6:** **»Weltrevolution und Weltkrieg«**
Print: ISBN 978-3-88634-082-8
ePDF: ISBN 978-3-88634-882-4
eBook/MOBI ISBN 978-3-88634-782-7

- **Band 1 bis 6:** **»Gab es eine Alternative«**
Print: ISBN 978-3-88634-099-6
ePDF: ISBN 978-3-88634-899-2
eBook/MOBI ISBN 978-3-88634-799-5

Einführung

Schon ein halbes Jahrhundert lang versuchen Historiker, Politikwissenschaftler und Soziologen in der ganzen Welt immer wieder eines der kompliziertesten Rätsel in der Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts zu lösen: Warum kam es in der Folge der Oktoberrevolution zu einer Erscheinung wie dem Stalinismus, der naturgemäß zu Stagnation führte und anschließend in der auseinander gebrochenen Sowjetunion und den anderen Ländern der ehemaligen »sozialistischen Staatengemeinschaft« zur derzeitigen allumfassenden sozialökonomischen und sozialpolitischen Krise?

In der sowjetischen und der ausländischen geschichts- und politikwissenschaftlichen Literatur findet man zwei prinzipiell unterschiedliche Antworten auf diese Frage. Die eine geht davon aus, dass Stalinismus und Poststalinismus gesetzmäßig und unausweichlich aus der Umsetzung der marxischen Lehre und der revolutionären Praxis des Bolschewismus resultierten. Die zweite basiert auf der Ansicht, dass der Stalinismus das Produkt einer machtvollen Reaktion der Bürokratie auf die Oktoberrevolution sei und keine Fortsetzung, sondern, im Gegenteil, eine Negierung und Zerstörung der bolschewistischen Prinzipien darstelle. Dabei bestehe die Spezifik des von Stalin und seinen Handlangern vollzogenen konterrevolutionären Umsturzes darin, dass dieser Umsturz unter dem ideologischen Deckmantel des marxistischen Vokabulars und der stetigen Versicherungen der Treue zur Sache der Oktoberrevolution erfolgte.

Ein Umsturz dieser Art verlangte natürlich eine bisher einmalige Konzentration von Lüge und Fälschung sowie immer neue Mythen. Eine nicht minder raffinierte Mythologie ist allerdings auch heute nötig, um die Ideen derjenigen zu untermauern, die die sozialistische Wahl unseres Volkes 1917 für falsch halten und den Stalinismus als System gesellschaftlicher Beziehungen mit dem Sozialismus sowie als politische und ideologische Kraft mit dem Bolschewismus gleichsetzen. Solcherart Ansichten werden umso aktiver propagiert, je offensichtlicher die Sowjet-Gesellschaft von den noch verbliebenen Errungenschaften der Oktoberrevolution abrückte und in einen rückständigen halbkolonialen Kapitalismus verfiel und je stärker und schmerzlicher die zerstörerischen Folgen dieses Prozesses zutage treten. Ähnlich den Stalinisten gebrauchen die heutigen Antikommunisten zwei Arten von Mythen: ideologische und historische. Mit ersteren sind falsche, in die Zukunft gerichtete Ideen gemeint, d. h. illusorische Prognosen und Versprechungen. Diese Produkte eines falschen Bewusstseins erweisen sich erst mit fortschreitender Rea-

lisierung als Mythos. Anders die Mythen, die nicht in die Zukunft weisen, sondern in die Vergangenheit. Diese lassen sich im Prinzip leichter aufdecken als die antiwissenschaftlichen Prognosen und reaktionären Projekte. Ideologische wie historische Mythen sind das Produkt direkter Klasseninteressen. Doch im Unterschied zu Ersteren sind Letztere das Produkt nicht einer politischen Verirrung oder eines bewussten Betrugs der Massen, sondern resultieren entweder aus historischer Unkenntnis oder vorsätzlicher Fälschung, d. h. aus dem Verschweigen bzw. der tendenziösen Hervorhebung und verzerrten Interpretation bestimmter historischer Fakten. Widerlegen lassen sich diese Mythen durch die Wiederherstellung der historischen Wahrheit, der wahrheitsgetreuen Darstellung der Fakten und Tendenzen der Vergangenheit.

Leider haben die Vertreter der den Sozialismus bejahenden ideologischen Strömungen in den letzten Jahren nicht alle historischen Fakten genutzt, mit denen die neueste historische Mythologie aufgedeckt werden könnte. In der Regel haben sie ihre Analyse über das Schicksal der sozialistischen Idee und ihrer praktischen Umsetzung in der UdSSR mit dem Verweis auf die letzten Arbeiten Lenins abgeschlossen. Lenins politische Tätigkeit brach jedoch genau in dem Moment ab, als die Sowjetunion gerade die erste Extremphase ihrer Entwicklung – den Bürgerkrieg und die ungeheuerlichen Nachkriegszerstörungen – hinter sich gebracht hatte, als sich die Möglichkeiten für einen friedlichen sozialistischen Aufbau auftaten und sich gerade erst die Konturen einer neuen Gefahr für den Aufbau des Sozialismus in einem isolierten und zurückgebliebenen Land abzeichneten: die Gefahr einer thermidorianischen Degeneration der Oktoberrevolution.

Nach Lenins Tod teilte sich der Bolschewismus in zwei unversöhnliche politische Strömungen: den Stalinismus und die Opposition (die »Bolschewiki-Leninisten«, wie sie sich selbst bezeichneten, bzw. »Trotzkisten«, wie sie von den Stalinisten genannt wurden). In den zwanziger Jahren war die Opposition die einzige Strömung, die dem Stalinismus ein eigenes ideologisches Programm zu allen Grundfragen der kommunistischen Weltbewegung und des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR entgegenstellte. Unter Berücksichtigung der neuen historischen Erfahrungen entwickelte und bereicherte sie die Ideen über die Wege des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, über die Neue Ökonomische Politik (NÖP) und über die Lösung der Nationalitätenfrage in der UdSSR, die in den Arbeiten Lenins nur ansatzweise ausgearbeitet worden waren.

Da also der Stalinismus nicht die Fortsetzung, sondern die Negierung des Bolschewismus war, bahnte er sich seinen Weg in einem erbitterten Kampf gegen diese Massenbewegung in der Partei, die eine wahrhaft sozialistische Alternative für die Entwicklung der Sowjetgesellschaft hervorbrachte und begründete sowie die politischen, ideologischen und moralischen Prinzipien

der Oktoberrevolution verteidigte, die von den Apparatschiks, der sozialen Hauptstütze des stalinischen Regimes, zerstört wurden.

Nachdem 1927 die linke Opposition aus der Partei vertrieben worden war, konnte der innerparteiliche politische Kampf nicht mehr legal geführt werden. Der letzte Versuch, der Etablierung des Stalinismus offen Widerstand entgegenzusetzen, war die Tätigkeit der Gruppe um Bucharin im Politbüro und ZK, die 1929 mit der totalen Kapitulation vor Stalin zu Ende ging. Der Kampf der innerparteilichen Oppositionen gegen den Stalinismus hielt jedoch noch mehrere Jahre an. Natürlich hatte dieser Kampf nunmehr andere Formen als im Jahrzehnt zuvor. Offene Diskussionen zu Fragen der sowjetischen Außenpolitik und der internationalen Politik gab es nicht mehr. Die neuen Oppositionsströmungen innerhalb der Partei agierten illegal, und den Beteiligten wurden nicht nur Parteistrafen auferlegt, sondern sie wurden auch polizeilich verfolgt.

In der ersten Hälfte der dreißiger Jahre waren die aktivsten oppositionellen Kräfte in der kommunistischen Bewegung nach wie vor der im Exil lebende Trotzki und seine Gleichgesinnten in der Sowjetunion, die entweder im Untergrund oder in Stalins Gefängnissen und Lagern bzw. in der Verbannung tätig wurden.

Die linke Opposition leistete in den dreißiger Jahren einen bedeutsamen Beitrag zur marxistischen Theorie, da ihre Arbeiten eine wissenschaftliche Analyse der ersten Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus enthielten, wengleich dieser Aufbau auch mit den entstellten Methoden der bürokratischen Kommandoführung erfolgte. Indem Trotzki und seine Gleichgesinnten aufzeigten, welch riesige Kosten diese Methoden verursachten (was für die damalige und auch für alle weiteren Entwicklungsphasen der UdSSR charakteristisch war), bewiesen sie, dass man mit einer Demokratisierung des politischen Lebens und einer Sozialpolitik im Interesse breiter Volksmassen und nicht kleiner privilegierter Gruppen nicht nur die enormen menschlichen Opfer und ein Absinken des Lebensniveaus hätte vermeiden, sondern auch weitaus effektivere Wirtschaftsergebnisse hätte erzielen können.

Die im vorliegenden Buch betrachtete historische Periode war eine Zeit, in der sich neue Oppositionsströmungen – ehemalige Bucharin-Anhänger und Stalinisten – den »trozkistischen« Ideen anschlossen. Dieser Prozess endete 1932 mit dem Versuch, die alten und die neuen Oppositionsgruppen innerhalb der Partei zu vereinen.

Dieses Buch stellt die Geschichte des innerparteilichen Kampfes in den Jahren 1928–1933 dar und stützt sich dabei auf folgende Quellen: offizielle »Parteidokumente« (Beschlüsse von Parteitagungen und ZK-Plenartagungen, Reden und Aufsätze Stalins sowie seiner Handlanger, die stalinistische Propaganda); Memoiren von Beteiligten am politischen Leben jener Jahre; Materia-

lien aus sowjetischen Archiven, die wichtige, den Zeitgenossen verborgen gebliebene Aspekte der historischen Ereignisse aufzeigen, sowie Dokumente der Opposition, die dem sowjetischen Leser größtenteils unbekannt waren.

Die Analyse dieser Quellen macht deutlich: Alles, was heute mit Recht am Stalinismus kritisiert wird, hatten die bolschewistischen Oppositionsgruppen schon Ende der zwanziger bis Anfang der dreißiger Jahre zur Sprache gebracht. In den Dokumenten dieser Strömungen stößt man jedoch auch auf viele Schlussfolgerungen und Verallgemeinerungen, die in den heutigen Arbeiten zur Geschichte fehlen und in ihrer Gesamtheit eine Alternative zum Stalinismus im ökonomischen, sozialen, politischen und geistigen Leben beschreiben.

Die Entwicklung des innerparteilichen Kampfes jener Jahre muss im Zusammenhang mit dem Weltkapitalismus betrachtet werden, dessen 1914 zum Ausbruch gekommene tiefe und allumfassende Krise in den Jahren 1929–1933 besonders akute Formen angenommen hatte. Die Ablösung der instabilen Nachkriegs-»Prosperität« durch die »Große Depression«, von der die gesamte kapitalistische Welt erschüttert wurde, widerlegte sehr überzeugend die Ansicht, dass die Bolschewiki, die die Oktoberrevolution als Prolog zu proletarischen und nationalen Befreiungsrevolutionen in anderen Ländern sahen, die Tiefe der globalen Widersprüche des Kapitalismus überbewertet hätten. Die Strukturkrise des gesamten kapitalistischen Systems, die ungeahnte Ausmaße angenommen hatte, endete jedoch nicht mit einem Sieg sozialistischer Revolutionen, da die revolutionäre Bewegung verraten und unterhöhlt war. Die Theorie des »Sieges des Sozialismus in einem einzelnen Land« hatte dazu beigetragen, dass sich die Komintern und die zu ihr gehörigen kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder aus einer revolutionären Kraft in ein Instrument verwandelt hatten, das der UdSSR günstige außenpolitische Bedingungen gewährleisten sollte. Dass die unter Stalins Einfluss stehende Komintern die revolutionären Möglichkeiten Anfang der dreißiger Jahre ungenutzt verstreichen ließ, wird deutlich in der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung. Sektiererische Fehler der KPD, die damit die Bildung einer einheitlichen antifaschistischen Arbeiterfront in Deutschland blockierte, machten Hitler den Weg zur Macht frei, und dieser nutzte geschickt die unerträgliche Situation, in der sich das deutsche Volk infolge des räuberischen Versailler Vertrags – einer der schlimmsten Ausgeburten des Imperialismus – befand.

Keine geringe Rolle bei der Niederlage der revolutionären Kräfte in Westeuropa spielte auch die Tatsache, dass die Sowjetunion – statt für andere Völker als Beispiel im Kampf für den Sozialismus in Erscheinung zu treten – immer stärker negativ wirkte und breite Schichten der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern von der kommunistischen Bewegung abschreckte. Andererseits war die Schwächung des Kapitalismus in den dreißiger Jahren

jener Faktor, der es Stalin ermöglichte, seine Positionen in der Weltarena nicht nur zu erhalten, sondern auch zu festigen. Die weltweite Krise des Kapitalismus, die die Richtigkeit der marxistischen Theorie und der bolschewistischen Strategie bestätigte, trug also objektiv zur Festigung des Stalinismus bei.

Die kritische Zuspitzung der Widersprüche des Weltkapitalismus fiel zeitlich mit einer extremen Verschärfung der sozialen Spannungen in der UdSSR infolge der Zwangskollektivierung zusammen.

In den Jahren 1923–1927 hatte man es versäumt, planmäßige, wahrhaft sozialistische Reformen durchzuführen, weil die Partei ständig mit dem »Kampf gegen den Trotzismus« beschäftigt war, den ihr die prinzipienlosen Blöcke der Parteispitzen aufgezwungen hatten. Damals trugen alle öffentlichen Auftritte Stalins und seine Aktionen im Bereich der sozialökonomischen Politik einen äußerlich »gemäßigten« Charakter. Dies sollte vor allem seine ideologischen Gegner als Aufwiegler zu einem neuen Bürgerkrieg darstellen und sie auf der Welle der durch diese falschen Vorstellungen ausgelösten Stimmungen in der Gesellschaft von der Führung zurückdrängen und aus der Partei ausschließen. An dieses Ziel gelangt, hatte Stalin die Hände frei für seinen abenteuerlichen Zickzackkurs in der Innen- und Außenpolitik sowie für die Massenrepressalien, die von Jahr zu Jahr größere Ausmaße annahmen und immer erbarmungsloser wurden.

Bei der ultralinken Wendung in der Innenpolitik Ende der zwanziger Jahre verfolgte Stalin keine durchdachte politische Strategie, die mit einer realistischen Einschätzung der Situation im Land einhergegangen wäre und das Ausmaß des Widerstands der Bauernschaft gegen die Zwangskollektivierung berücksichtigt hätte. A. Awtorchanow stellt mit Recht fest, dass sich Stalin 1928 bei seiner Rede »An der Getreidefront«, in der er die Kollektivierung als einzigen Weg darstellte, dem Staat Getreide für den Handel zu verschaffen, »wohl kaum selbst vorstellen konnte ..., wohin das alles führen und was dieser komplizierte Prozess kosten würde«.¹

Stalins Politik der Jahre 1928–33 war eine Kette ständiger empirischer Hin- und Herbewegungen: Nach abenteuerlichem »Vorwärtsstürmen« kam es zu einem panischen Rückzug, administrativem Druck folgten wirtschaftliche Zugeständnisse an das Volk, und danach wurden im Land wiederum überspitzte Maßnahmen angewendet. Im Ergebnis dieses Vor und Zurück stand Stalin nicht selten am Rande einer politischen Katastrophe. In einem der wenigen Augenblicke, in denen er sich Offenheit gestattete, bekannte er, dass der Kampf gegen die Bauern für ihn sogar ein härterer Prüfstein war als der Zweite Weltkrieg. Churchill berichtet in seinen Memoiren von einem Gespräch mit Stalin am 15. August 1942: »Sagen Sie mir«, fragte Churchill Stalin, »bereitet der Krieg Ihnen persönlich ebenso große Schwierigkeiten, wie Sie sie bei der Einführung der Kollektiv-Landwirtschaft überwinden muss-

ten?« ... »Nein, nein«, erwiderte er, »die Kollektivierung der Landwirtschaft hat einen furchtbaren Kampf gekostet.« »Ich habe immer angenommen, sie müsse Ihnen große Sorgen bereiten, denn in diesem Fall hatten Sie es nicht mit einigen zehntausend Aristokraten und Großgrundbesitzern, sondern mit Millionen kleiner Leute zu tun.« »Zehn Millionen«, sagte er die Hände hochhebend. »Es war furchtbar. Vier Jahre habe ich kämpfen müssen.«²

Um die Wechselfälle der Zwangskollektivierung richtig zu verstehen, muss man vor allem eine wissenschaftliche Vorstellung vom sozialpolitischen Wesen des Stalinismus haben. Dieses Wesen lässt sich am besten mit dem Begriff »bürokratischer Zentrismus« erfassen, der nicht nur Stalins Politik charakterisiert, sondern auch die aller Parteiführer nach ihm. Obwohl die offizielle Sowjetpropaganda ständig behauptete, die Partei sei »mit der fortschrittlichsten wissenschaftlichen Theorie ausgerüstet«, diente das marxistische Vokabular der herrschenden Clique seit Ende der zwanziger Jahre lediglich als ideologische Tarnung für den rein empirisch gesteuerten politischen Kurs.

Trotzki nannte Stalin einen Empiriker und betonte mehrfach, dass dieser niemals einen theoretisch fundierten strategischen Plan oder die Fähigkeit besessen habe, die nächstfolgenden oder gar die weiter entfernt liegenden Folgen seiner Politik vorherzusehen. Er sei bei der Ausarbeitung seiner Taktik nie von der Theorie und Strategie ausgegangen, sondern habe im Gegenteil Theorie und Strategie den taktischen Aufgaben untergeordnet, die sich aus den unmittelbaren und unvorhergesehenen Schwierigkeiten ergaben, zu denen seine systemlose und jeglicher wissenschaftlichen Grundlage entbehrende Politik führte.

Die durch ein abstraktes sozialistisches Vokabular maskierte pragmatische Politik Stalins erfuhr drastische Schwankungen. Während der bürokratische Zentrismus in Zeiten einer relativ stabilen inneren und äußeren Situation des Landes von der opportunistischen Bestrebung ausging, den Status quo in der internationalen Arena beizubehalten und die bestehenden gesellschaftlichen Beziehungen innerhalb des Landes zu konservieren, wechselte er in Krisenzeiten zu einer eklektischen Politik des Pendelns zwischen politischen Extremen.

Eine Art Parallele zu Stalins Politik des »großen Umschwungs« war Gorbatschows »Perestroika«, die man mit voller Berechtigung als »umgekehrte Kollektivierung« bezeichnen kann. Ähnlich wie die »durchgängige Kollektivierung« ohne genauen strategischen Plan, wissenschaftliche Konzeption und klare Vorstellung über die Ziele und Folgen der beabsichtigten Umgestaltungen durchgeführt, erbrachte die »Perestroika« nicht weniger verhängnisvolle Folgen für das Sowjetvolk und die gesamte Menschheit als Stalins »Vormarsch des Sozialismus an der ganzen Front«.

Von 1928 bis 1933 führte der grobe Empirismus in der Politik dazu, dass die Wirtschaft von einer Krise in die nächste fiel. Diese Krisen, die infolge der

fehlerhaften politischen Linie entstanden, wurden von Stalin ständig mit einem wachsenden Widerstand der Klassenfeinde begründet. Als Ausweg wählte man eine »Politik der Überspitzungen«, eine Politik administrativen Drucks und harter Repressalien, die immer breitere Bevölkerungsschichten betrafen. In dem Versuch, sich mit dieser Politik vor den ökonomischen Schwierigkeiten zu retten, trat Stalin einen Kampf gegen die Kulaken an, der in einen frontalen Zusammenstoß mit der gesamten Bauernschaft überging und diese de facto zu einem neuen Bürgerkrieg provozierte.

Sowohl in der offiziellen sowjetischen als auch in der antikommunistischen Geschichtsschreibung wurde der Akzent bei der Beschreibung der stalinschen Repressalien – aus unterschiedlichen Gründen – immer darauf gesetzt, dass sie gegen »Kaninchen« (um einen Ausdruck von A. Solschenizyn zu verwenden) gerichtet waren, die nicht dazu tendierten, dem herrschenden System Widerstand entgegenzusetzen. In Wirklichkeit waren jedoch weder die weißgardistischen Verschwörer, die in den zwanziger und dreißiger Jahren mit allen ihnen zugänglichen Methoden ihren aktiven Kampf für eine Restauration des Kapitalismus fortsetzten, noch die Bauern, die auf die Zwangskollektivierung mit Massenaufständen reagierten, oder die oppositionellen Bolschewiki, die für eine Wiederherstellung der sozialistischen Prinzipien gegen Stalin kämpften, »Kaninchen«. Alle diese in ihren Absichten und Handlungen sehr unterschiedlichen Kräfte vereinigte Stalin provokatorisch zu einem einheitlichen Amalgam unter der Bezeichnung »Volksfeinde«.

Häufig betrachtet die ausländische und die zeitgenössische sowjetische Geschichtsschreibung den von Stalin Ende der zwanziger Jahre entfesselten Staatsterror als gesetzmäßige Fortführung des Kampfes der Bolschewiki gegen die Feinde der Oktoberrevolution in den Jahren des Bürgerkriegs. Diese Gleichsetzung verhüllt bewusst die grundlegenden Unterschiede im Ausmaß, in den Funktionen und den Objekten der politischen Repression zu Zeiten Lenins bzw. Stalins. Die Repressalien während des Bürgerkriegs wurden von den Bolschewiki mit aktiver Unterstützung der Massen durchgeführt, in einer Atmosphäre, als die Partei und ihre Führer mit dem Volk alle Opfer und Entbehrungen teilten. Die Schläge hatten die Kräfte des alten Regimes zum Ziel, denen hervorragend ausgerüstete und organisierte Armeen zur Verfügung standen und die enorme materielle und finanzielle Hilfe aus dem Ausland erhielten. Zu den unmittelbaren Kampfhandlungen gegen die weißen Armeen kam der Kampf gegen Verschwörungen im Hinterland (im Bürgerkrieg ist die Trennlinie zwischen Front und Hinterland sowieso nur ungenau), die das gleiche Ziel hatten, nämlich die Restauration des Kapitalismus, d. h. die Wiederherstellung der Privilegien der ehemals herrschenden Klassen des zaristischen Russland. Im Gegensatz dazu war der Terror der dreißiger Jahre der »Hüter der Ungleichheit. Seinem ganzen Wesen nach war er gegen das Volk

gerichtet; und da er sich potenziell oder aktuell gegen die Mehrheit kehrte, war er wahllos.« Der seit dem Ende der Kollektivierung in Gang gesetzte riesige repressive Staatsmechanismus »hatte zur Folge, dass einem so großen Teil des sozialen Organismus derart riesige Dosen Furcht eingeflößt wurden, dass der ganze Körper unweigerlich vergiftet werden musste. Als die Terrormaschine, die gewaltiger war als alles, was die Welt bisher gesehen hatte, einmal installiert und in Gang gesetzt worden war, entwickelte sie ihre eigene unberechenbare Triebkraft.«³

Unmittelbar nach dem Bürgerkrieg waren die politischen Repressalien stark zurückgegangen. Mitte der zwanziger Jahre betrug die Anzahl der Gefangenen in den sowjetischen Gefängnissen und Lagern nicht mehr als 100.000 bis 150.000. Von diesen waren nur wenige Hundert aus politischen Gründen verurteilt. Ab 1928 stieg die Zahl der Lagerinsassen stetig und erreichte 1934 mehr als eine halbe Million. Über ein Viertel davon waren politische Häftlinge.

Stalins Repressionskampagnen waren ein Ergebnis seiner Furcht nicht nur vor der Bauernschaft, sondern auch vor der Arbeiterklasse und in erster Linie vor deren revolutionärer Avantgarde – der linken Opposition. Die immer stärker werdende Welle von Gewalt war nicht gegen die Feinde der Oktoberrevolution gerichtet, sondern gegen die Feinde, die das stalinsche Regime selbst hervorbrachte: die Bauern, die sich der Zwangskollektivierung widersetzen, und die Mitglieder der kommunistischen oppositionellen Gruppen.

Mit seiner abenteuerlichen Wirtschaftspolitik und den Massenrepressalien schuf sich Stalin zu den von Anfang an existierenden Feinden der Sowjetmacht Tausende neue, tatsächliche und potenzielle Gegner, die den Sozialismus mit dem Stalin-Regime gleichsetzten.

Zugleich mit der Bauernschaft – der zahlenmäßig stärksten Kraft, die sich dem Stalin-Regime widersetzte – mussten auch die Kommunisten grausame Schläge hinnehmen, »schuldig« gesprochen, zu unentschlossen oder, im Gegenteil, zu konsequent und eifrig bei der Durchsetzung der von Stalin diktierten Politik zu sein. Das Abwälzen der Verantwortung für Misserfolge auf die Vollstrecker des politischen Kurses war für Stalins Regime typisch.

Die Massenrepressalien konnten weitere ökonomische Fehlschläge nicht verhindern, ganz im Gegenteil: Diese wurden vervielfacht. Die abenteuerlichen und willkürlichen Beschlüsse wurden nur zum Teil ausgeführt, und der Preis dafür war ungerechtfertigt hoch. So erschöpfte die Zwangskollektivierung nicht nur die Produktivkräfte im Dorf – de facto hemmte sie auch die Entwicklung der Industrialisierung.

Wenn sich die Staatsmacht Anfang der dreißiger Jahre behaupten konnte, dann nicht *dank* der stalinschen Führung, sondern *trotz* ihr. Der Sieg Stalins und der von ihm geführten Bürokratie im Bürgerkrieg gegen die Bauernschaft

resultierte daraus, dass sich die Arbeiterklasse einer Restauration des Kapitalismus widersetzte, zu der es bei einem Sieg der »russischen Vendée« unweigerlich gekommen wäre, und deshalb die Bürokratie bei deren konvulsiven Kampf gegen die Bauern unterstützte. Außerdem waren damals in der Stadt die vorwiegend gegen die Dorfbevölkerung gerichteten Repressalien nur schwach zu spüren. Von Bedeutung war schließlich auch, dass Stalin gerade in jener Zeit die soziale Stütze seines Regimes herausbildete: die privilegierten Schichten, zu denen neben der herrschenden Bürokratie auch die Arbeiteraristokratie und die Intelligenzija-Elite gehörten.

Dennoch war Stalins Situation gegen Ende des im vorliegenden Buch betrachteten Zeitabschnitts äußerst instabil. Mit seiner Politik hatte er alle Klassen und sozialen Gruppen der sowjetischen Gesellschaft gegen sich aufgebracht und sogar einen Großteil der herrschenden Bürokratie. Trotz des scheinbaren Triumphes Stalins im Kampf gegen seine politischen Gegner hielten viele Bolschewiki seinen Sieg nicht für endgültig. Davon zeugt der Versuch, 1932 einen Block aus Vertretern aller gegen Stalin gerichteten oppositionellen Strömungen zu bilden. Das vorliegende Buch will die komplizierten Wege des innerparteilichen Kampfes im Zeitraum 1928 bis 1933 untersuchen.

Anmerkungen im Originaltext

- 1 A. Avtorchanov: *Technologija vlasti*, Moskva 1991, S. 11.
- 2 Winston S. Churchill: *Der Zweite Weltkrieg*. Vierter Band, zweites Buch »Die Befreiung Afrikas«, Stuttgart-Hamburg 1952, S. 103.
- 3 Isaac Deutscher: *Trotzki*. III. *Der verstößene Prophet 1920–1940*, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1972, S. 111–112.

1. KAPITEL: Die Wirtschaftskrise 1927

Der in den Jahren 1925 bis 1927 von der herrschenden Fraktion betriebene Kurs auf die Entwicklung kapitalistischer Einzelbauernwirtschaften auf dem Lande zeigte sehr bald seine Unhaltbarkeit. Infolge des Mangels an Industriewaren, die man dem Dorf hätte anbieten können, stieß der Staat, trotz ansteigender Getreidevorräte bei den wohlhabenden Bauern, auf immer größere Schwierigkeiten bei der Beschaffung des für die Versorgung der Städte und für die Erfüllung der Export-Import-Pläne erforderlichen Getreides.

Im Politbüro war es Bucharin, der als erster darauf aufmerksam machte und Ende 1927 zwei »schicksalsträchtige Probleme« nannte, vor denen die Partei stand: die Getreidebeschaffung und die Investitionen in der Schwerindustrie. Letzteres, sagte er, werde noch »die nächsten 15 Jahre quälend und brennend auf der Tagesordnung stehen«.¹ Vor dem fünfzehnten Parteitag sprach sich Bucharin für einen »forcierten Druck auf die Kulaken« aus. Diese Losung wurde auch in die Thesen des ZK für die parteitagsvorbereitende Diskussion aufgenommen.

In den Gegenthesen der Opposition zum fünfzehnten Parteitag hieß es: »Endlich – mit einer Verspätung von zweieinhalb Jahren – stellt das ZK die Losung auf, Druck auf die Kulaken und NÖP-Leute auszuüben. Diese Losung, wenn man sie ernst nimmt, sieht die Veränderung der gesamten Politik, eine neue Kräftekonstellation, eine Neuorientierung aller Staatsorgane vor ... Denn weder der Kulak einerseits noch der arme Bauer andererseits haben vergessen, dass das ZK zwei Jahre lang eine völlig andere Politik verteidigt hat. Es wird ganz deutlich, dass die Autoren der Thesen, ihre frühere Orientierung mit Schweigen übergehend, der Meinung sind, dass es ausreichen würde, für einen Kurswechsel in der Politik einen neuen »Befehl« herauszubringen.«² Die Opposition betonte, dass mit dem Versuch, die Notwendigkeit des »forcierten Drucks« auf die Kulaken und NÖP-Leute mit deren »Kräfteschwund« zu begründen, die herrschende Fraktion einzig und allein bestrebt sei, ihre politische Niederlage zu verschleiern.

In den parteitagsvorbereitenden Dokumenten der Opposition wurden die Hauptfaktoren genannt, die zu einer baldigen Wirtschaftskrise führen würden: der Mangel an Industriewaren infolge der nur langsam voranschreitenden Industrialisierung; die Konzentration von Getreidevorräten bei den Oberschichten des Dorfes infolge der zunehmenden sozialen Differenzierung der Dorfbevölkerung; der Versuch der herrschenden Fraktion, der ökonomischen Schwierigkeiten Herr zu werden, indem man Geldscheine drucken ließ, die nicht durch Waren gedeckt waren.

Um die »Geschlossenheit« des fünfzehnten Parteitags zu sichern, führte die Stalin-Bucharin-Fraktion nicht nur grobe, ungezügeltere Angriffe auf die Opposition durch, anstatt deren Dokumente zu diskutieren, sie verschwieg auch vor den Parteitagsdelegierten die Tatsache, dass zum Zeitpunkt des Parteitags (Dezember 1927) die geplante Getreidebeschaffung um 42 % niedriger lag als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Ebenso erfuhren die Delegierten nichts davon, dass das Politbüro am Vorabend des Parteitags mehrere Sitzungen abgehalten hatte, auf denen erörtert worden war, wie man die Krise in der Getreidebeschaffung überwinden könne, die in Ausmaß und Folgen die ähnlich gelagerten »Herbstschwierigkeiten« von 1925 zu übertreffen und die Städter vor die Gefahr einer Getreideblockade zu stellen drohte.³

Zu dieser Zeit hatten sich die Prognosen der Opposition voll bestätigt: Die als chronischer Hunger nach Waren zutage tretenden Disproportionen zwischen der Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft einerseits und der wachsenden Inflation andererseits hatten sich verschärft. Dies veranlasste das Politbüro jedoch nicht, seine Politik entsprechend den Forderungen der linken Opposition zu verändern. In seinem Bericht an den Parteitag verneinte Stalin die Disproportionen und wies alle Warnungen zurück. Er erklärte, das höhere Tempo bei der Herstellung von Produktionsmitteln im Vergleich zur Herstellung von Konsumgütern, das unter den Bedingungen der Industrialisierung unausweichlich sei, mache »Elemente des Warenhungers« »in den nächsten paar Jahren« unvermeidlich. Er beschuldigte die Funktionäre der linken Opposition, sie würden das »Material für ihre Ideologie aus den von Schleihhändlern gebildeten Käuferschlangen schöpfen und über Warenhunger schreien, gleichzeitig aber die Durchführung einer Politik der »Überindustrialisierung« fordern. Aber das ist natürlich Unsinn, Genossen.«⁴

Ebenso hartnäckig ignorierte die Stalin-Bucharin-Führung die Warnungen der linken Opposition, das Getreideproblem werde sich infolge der verstärkten Macht und des Einflusses der Kulaken verschärfen. Auf dem fünfzehnten Parteitag wurde der Vorschlag der Opposition, eine Zwangsanleihe von 150 bis 200 Millionen Pud* Getreide bei den reichsten Bauern aufzunehmen, von Molotow mit Unterstützung Stalins als Abkehr von der NÖP gewertet. »Wer uns jetzt diese Politik der Zwangsanleihe vorschlägt«, sagte Molotow, »so gut gemeint dieser Vorschlag auch sein mag, ist ein Feind der Arbeiter und Bauern, ein Feind des Bündnisses der Arbeiter und Bauern. (Stalin: Richtig!)«⁵

Gleichwohl brachte das Politbüro auf dem Parteitag das Programm einer gewissen Transformation der NÖP vor, das den Übergang zur technischen Modernisierung der gesamten Volkswirtschaft, die Verstärkung der Planungs-

* Pud – altes russisches Gewicht. 1 Pud entspricht 16,38 kg – d. Ü.

prinzipien bei der Wirtschaftslenkung und die Beschränkung der kapitalistischen Elemente in Stadt und Land beinhaltete. Diese Gedanken wie auch einige praktische Maßnahmen, die im Vorfeld des Parteitags realisiert worden waren, z. B. die Befreiung von 35 % der Bauernwirtschaften (solche mit geringer Wirtschaftskraft, die armen Dörfler) von der Landwirtschaftssteuer, hatte man im Grunde genommen der oppositionellen Plattform entlehnt.

Bestimmte Änderungen nahm die herrschende Fraktion auch am Entwurf des Fünfjahrplans vor, dessen erste Variante ein extrem niedriges Tempo der industriellen Entwicklung vorgesehen hatte. Die Autoren des Entwurfs hatten das damit begründet, dass es notwendig sei, die Proportionalität zwischen Akkumulation und Konsumtion zu wahren und von einem »maximalen Akkumulationstempo« Abstand zu nehmen. Jedoch auch der Pro-Kopf-Verbrauch sollte nach diesem Planentwurf innerhalb von fünf Jahren nur um 12 % steigen. Die extreme Zurückhaltung bei diesen Planvorgaben kam am deutlichsten darin zum Ausdruck, dass am Ende des Fünfjahreszeitraums der Staatshaushalt insgesamt nur 16 % des Nationaleinkommens betragen sollte, während es selbst im zaristischen Russland 18 % waren. Später schrieb Trotzki, dass »die Ingenieure und Ökonomen, die diesen Plan aufstellten, einige Jahre später als bewusste, auf Anweisung einer ausländischen Macht handelnde Schädlinge gerichtlich schwer bestraft wurden. Die Angeklagten hätten, wenn sie es gewagt hätten, erwidern können, dass ihr Planwerk ganz der damaligen ›Generallinie‹ des Politbüros entsprach und nach dessen Vorschrift ausgeführt worden war.«⁶

In der stalinistischen Geschichts- und Parteiliteratur wurde der fünfzehnte Parteitag als »Parteitag der Kollektivierung« bezeichnet. Dies ist jedoch nicht ganz korrekt. Da er voll und ganz auf die »Niederschlagung« der Opposition ausgerichtet war, stand die Diskussion über die herangereiften Veränderungen in der Agrarpolitik erst an zweiter Stelle. Die Kollektivierung wurde in Stalins Rechenschaftsbericht, in den Referaten von Rykow und Molotow (über die Direktiven für die Aufstellung des Fünfjahrplans und über die Arbeit auf dem Lande) sowie in den Entschlüssen zu diesen Referaten als Politik formuliert, die für eine unbestimmt lange Zeit gedacht war. »Wir wissen«, sagte Molotow, »dass die Entwicklung der Einzelbauernwirtschaft auf dem Weg zum Sozialismus eine langsame Sache ist, eine lang andauernde Sache. Es sind viele Jahre erforderlich, um von der Einzelbauernwirtschaft zur gesellschaftlichen (Kollektiv-)Wirtschaft überzugehen ... Wir wissen wohl, dass die NÖP – die sogenannte ›Neue Ökonomische Politik‹ – ein Zugeständnis an den Mittelbauern war, an den Kleineigentümer, den kleinen Betriebsleiter, der die Einzelbauernwirtschaft noch der Kollektivwirtschaft vorzieht. Diese Politik haben wir vertreten, vertreten sie noch und werden sie weiterhin vertreten, solange die Kleinbauernwirtschaft existiert.«⁷ Eine solche Heran-

gehensweise ließ die Frage nach den Zeiträumen und den Methoden der Kollektivierung völlig offen.

Molotow, dem Leiter der Kommission zur Vorbereitung der Thesen über die Arbeit auf dem Lande, standen freilich Ausarbeitungen großer Agrarwissenschaftler zur Verfügung, wie zum Beispiel die von A. W. Tschajanow, dem Direktor des Forschungsinstituts für Wirtschaft und Politik in der Landwirtschaft. In einem Schreiben an Molotow betonte Tschajanow, dass die Landwirtschaft infolge der Liquidierung der auf eine hohe Warenproduktion ausgerichteten Wirtschaften von Guts- und Großgrundbesitzern nunmehr noch stärker als vor der Revolution auf dem vorkapitalistischen Familienbetrieb beruhe, wobei die »knebelnden Beziehungen bei der Ausleihung von landwirtschaftlichem Gerät und Arbeitsvieh« verschärft worden seien. Nach Einführung der NÖP, die marktwirtschaftlichen Verhältnissen auf dem Lande große Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet hatte, zeichnete sich in dieser Masse »gleichgestellter Wirtschaften« erneut eine kapitalistische Differenzierung der Bauernwirtschaften ab. Obwohl dies in gewissem Maße von der Sozialpolitik des Staates gehemmt wurde, entfaltete sich auf dem Lande dennoch eine marktwirtschaftliche Elementargewalt, die die Gefahr in sich barg, dass aus den vorkapitalistischen bäuerlichen Familienwirtschaften private Einzelbauernbetriebe wurden und sich damit die soziale Basis der landwirtschaftlichen Produktion änderte. Tschajanow lehnte die Sichtweise jener Wirtschaftler ab, die diese Evolution für die wünschenswerteste Methode beim Aufschwung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft hielten. Er äußerte sich überzeugt davon, dass es absolut möglich sei, die Anzahl der sozialistischen Elemente auf dem Lande auch in den folgenden Richtungen zu erhöhen: Kredit – Einkauf – Absatz – Hilfsbetriebe – Organisation der Primärverarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse – Organisation der gemeinsamen Bodenbearbeitung und Vergesellschaftung einer ganzen Reihe von landwirtschaftlichen Bereichen. Eine solche Linie könnte, seiner Meinung nach, einzelbäuerlichen Tendenzen entgegenwirken und ein System gesellschaftlicher Kooperativwirtschaften schaffen, das allmählich Einzelparzellen durch große landwirtschaftliche Kollektivbetriebe ersetze.⁸

Molotow war jedoch solch ein realistisches Programm der allmählichen Kollektivierung völlig fremd. Er betrachtete die Kollektivierung nicht als aktuelle Aufgabe der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Partei. »Man darf natürlich nicht vergessen«, wiederholte er in seinem Schlusswort auf dem Parteitag, »dass sich unsere Landwirtschaft in den nächsten Jahren hauptsächlich als eine Menge von Kleinbauernwirtschaften entwickeln wird.«⁹

Auf dem Parteitag deutete nichts auf eine grundlegende Änderung in der Parteipolitik gegenüber den Kulaken hin. Molotow kritisierte sogar indirekt »von rechts« die Losung Bucharins vom »forcierten Angriff« auf den Kulaken:

Man würde »mit dieser Formulierung nichts Neues sagen«. ¹⁰ Der »wichtigste Hebel« beim Angriff auf die kapitalistischen Elemente auf dem Lande bestehe in der Überzeugung des Mittelbauern und in der Stimulierung von »Elementen« einer gesellschaftlichen bäuerlichen Großwirtschaft durch den Staat. Molotow warnte in seinem Referat mehrfach davor, Zwang anzuwenden, und rief zu »Umsicht, Vorsicht, Behutsamkeit, bedächtigem und allmählichem Handeln« auf. ¹¹ Wenngleich diese allgemeinen Überlegungen durchaus zutrafen, zeigten sie doch, dass die herrschende Fraktion kein klares Programm für die Umgestaltungen auf dem Lande besaß, wo sich die Widersprüche der ökonomischen und sozialen Entwicklung am deutlichsten kreuzten. Dies war der Hauptgrund für die nachfolgenden tragischen Ereignisse, die durch eine erschütternde jähe Wendung von einer »vorsichtigen« und »bedächtigen« Politik hin zu einem ultralinken Abenteuerkurs hervorgerufen wurden.

Anmerkungen im Originaltext

- 1 N. I. Bucharin: *Osnovnye zadaèi partii*, Moskva 1927, S. 37, 45.
- 2 Pravda, 17.11.1927.
- 3 Vgl. *Voprosy istorii KPSS*, 3/1990, S. 69.
- 4 J. W. Stalin: *Werke*, Band 10, Berlin 1953, S. 269.
- 5 *XV s-ezd Vsesojuznoj Kommunističeskoj partii (bol'shevikov)*. *Stenografičeskij otëët*. T. II, 1962, S. 1222.
- 6 Leo Trotzki: *Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie?* Essen 1997, S. 86.
- 7 *XV s-ezd Vsesojuznoj Kommunističeskoj partii (bol'shevikov)*. T. II, S. 1185.
- 8 *Izvestija CK KPSS*, 6/1989, S. 214–218.
- 9 *XV s-ezd Vsesojuznoj Kommunističeskoj partii (bol'shevikov)*. T. II, S. 1382.
- 10 Ebenda, S. 1207.
- 11 Ebenda, S. 1209.

2. KAPITEL: Die erste Runde der außerordentlichen Maßnahmen

Um zu verstehen, warum es Stalin relativ leicht fiel, unmittelbar nach dem fünfzehnten Parteitag diesen Umschwung zu vollziehen, muss das zu diesem Zeitpunkt bestehende reale Kräfteverhältnis der Klassen ins Kalkül gezogen werden. In den Reihen der Partei, der Arbeiterklasse und der Dorfarmut wuchs der moralische Unwille über die zunehmende soziale Ungleichheit sowie über die Festigung der ökonomischen Stärke des Kulaken und des NÖP-Manns. Dieser Unwille wurde von Stalin bei der Durchführung des politischen Umschwungs in den Jahren 1928/29 geschickt ausgenutzt.

Trotzki schrieb bei seiner Analyse der Ursachen und Folgen von Stalins Sieg über die linke Opposition: »Hier kam zweifellos die flexible Kombinationskunst Stalins zur Wirkung, freilich in einer für ihn persönlich sehr günstigen Atmosphäre. Er benutzte die rechte Opposition, um die linke auszuschalten, denn nur der rechte Flügel hatte ernsthafte prinzipielle Gründe, die linke Politik zu fürchten. Da jedoch die Ausschaltung der linken Opposition in breiten Parteikreisen Verstimmung und Unzufriedenheit über den rechten Flügel auslöste, konnte Stalin diese Unzufriedenheit wiederum für einen Schlag gegen die Rechten ausnutzen. Er blieb die ganze Zeit über ein – wenngleich nicht unbedingt versöhnendes, so aber doch – besänftigendes Element, das anscheinend danach strebte, die Zahl der unausweichlichen Opfer auf ein Minimum zu reduzieren, und das dabei die Verantwortung für die harten Maßnahmen im Wechsel dem einen oder dem anderen Flügel der Partei zuschieben konnte.«¹

A. Awtorchanow stellt in seinem Buch »Die Technologie der Macht« zutreffend fest, dass der führende Theoretiker und Ideologe im »Kampf gegen den Trotzismus« Bucharin war, ohne dessen Propagandamaschinerie und theoretisches Laboratorium »Stalin schon im ersten Gefecht gegen die Trotzisten umgekommen wäre, vom vereinten Block der Trotzisten und Sinowjew-Anhänger ganz zu schweigen«.² Breite Parteikreise erklärten den relativ leichten Sieg der Stalin-Bucharin-Fraktion gegen die linke Opposition mit der »theoretischen Stärke« Bucharins. Gerade im Kampf gegen den »Trotzkismus« hatte Bucharin den Ruf erlangt, der führende Theoretiker der Partei zu sein. Solange die linke Opposition nicht zerschlagen war, verteidigte Stalin Bucharin gegenüber den Kritikern, stellte dessen Verdienste heraus und hatte keine Einwände gegen einen »Bucharin-Kult«. Bucharin wurde von der Parteipresse weit häufiger zitiert als Stalin. Im Unterschied zu Bucharin erklärte Stalin

außerdem in seiner Polemik mit der Opposition, »dass Stalin niemals Anspruch erhoben hat auf irgendetwas Neues auf dem Gebiet der Theorie«. ³

1926/27 betonte Trotzki mehrfach, dass es innerhalb der herrschenden Fraktion keine ideologische Einheit gebe. Er grenzte die zentristische Position der Gruppe um Stalin von der »rechten« Position Bucharins, Rykows und Tomskis, dreier einflussreicher und angesehener Parteiführer, die bereits zu Lebzeiten Lenins zum Politbüro gehört hatten, ab. Für diese Troika und vor allem für Bucharin, den Haupturheber der sozialökonomischen Politik in den Jahren 1925/26, begann das Jahr 1927, wie S. Cohen zutreffend feststellte, »als Jahr einer optimistischen Neubewertung der Perspektiven. Es endete mit einer Serie zusammenhängender Krisen, die ihre Wirtschaftspolitik untergruben und ihre politische Zukunft erschütterten«. ⁴

Die Ende 1927 drohende Reduzierung der Getreidelieferungen stellte das Programm der allmählichen Transformation der NÖP, das Bucharin vor dem fünfzehnten Parteitag versucht hatte auszuarbeiten, in Frage. Die wohlhabenden Schichten des Dorfes, deren wirtschaftliche Stärke im Verhältnis gesehen weit über ihrer zahlenmäßigen Stärke lag (bereits im Frühjahr 1926 waren in den Händen von nur 6% der Bauernwirtschaften etwa 60% des Warengetreides konzentriert), hatten de facto den Getreideverkauf an die staatlichen Erfassungsstellen und die Genossenschaften eingestellt und hielten das Korn bis zu einer günstigeren Marktkonjunktur im Frühjahr zurück.

Trotzki schrieb später, die stalinsche Regierung habe versucht zu erklären, als sie unerwartet mit dieser großen, spontan das ganze Land durchflutenden Korn-Streikwelle konfrontiert wurde, sie sei »durch die nackte Feindseligkeit des Kulaken (woher kommt nur mit einem Mal der Kulak?) gegen den sozialistischen Staat hervorgerufen worden, d. h. durch politische Motive allgemeiner Art. Aber zu einem solchen ›Idealismus‹ neigt der Kulak wenig. Wenn er sein Getreide versteckte, so deshalb, weil es unvorteilhaft war, es zu verkaufen. Aus demselben Grunde gelang es ihm, breite Kreise des Dorfes unter seinen Einfluss zu bringen.« ⁵

Ein solches Verhalten der wohlhabenden Bauernschichten wurde dadurch erleichtert, dass es Mitte der zwanziger Jahre sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande private Aufkäufer gab, die mit großen Getreidemengen von bis zu zehn oder zwölf Pud operierten. Bevor die außerordentlichen Maßnahmen ergriffen wurden, hatte nichts darauf hingedeutet, dass der freie Verkauf von Getreide administrativ verboten und die privaten Händler als Spekulanten gerichtlich belangt werden könnten.

Angesichts der drohenden Hungersnot in den Städten änderte das Politbüro unmittelbar nach dem fünfzehnten Parteitag die dort verabschiedete grundlegende Orientierung, die eine relative Reduzierung der kapitalistischen Elemente in Stadt und Land »bei einem möglicherweise noch absoluten

Wachstum«⁶ sowie eine allmähliche Einschränkung und Verdrängung der Kulaken mit ökonomischen, nicht jedoch mit administrativen oder gar außerordentlichen Mitteln vorgesehen hatte.

Diese Orientierung, das offizielle politische Credo der herrschenden Fraktion, war in den Jahren 1925 bis 1927 von Stalin vollständig geteilt worden. Er hatte mehrfach betont, im sowjetischen Dorfe müsse der Mittelstand gestärkt werden, d. h. die extremen Pole – Dorfarmut und Kulakentum – dürften nicht mehr so weit auseinander klaffen. Auf dem vierzehnten Parteitag der KPdSU (B) im Dezember 1925 hatte er gesagt, auf der vierzehnten Allunions-Parteikonferenz sei die Erweiterung der NÖP verkündet worden, was weitere Zugeständnisse an die Bauernschaft bedeute, die »unter den obwaltenden Verhältnissen ... nicht ohne eine gewisse Belebung des Kapitalismus existieren« könne.⁷ Wenige Monate zuvor hatte er gefordert, man müsse den Kampf gegen die Kulaken »auf jede mögliche Art eindämmen«, ihn »durch Vereinbarungen und gegenseitige Zugeständnisse regulieren und es auf keinen Fall dahin kommen lassen, dass er schrofne Formen annimmt, dass er zu Zusammenstößen führt ... Wir können hier durchaus und müssen ohne Schürung des Kampfes und die damit verbundenen Komplikationen auskommen.«⁸

Im Oktober 1927 beschuldigte Stalin Sinowjew und Kamenew, sie hätten eine Politik der Enteignung der Kulaken vorgeschlagen, die »im Grunde genommen eine Politik der Erneuerung des Bürgerkriegs im Dorfe gewesen« sei.⁹ Einen Monat später baute er diesen Gedanken weiter aus: »Eine Politik des Zerwürfnisses mit der Mehrheit der Bauernschaft betreiben heißt den Bürgerkrieg im Dorfe eröffnen, ... unsere ganze Aufbauarbeit vereiteln, unseren ganzen Plan der Industrialisierung des Landes vereiteln.«¹⁰ In der »Befriedung des Dorfes« sah Stalin »eine der Grundbedingungen für den Aufbau des Sozialismus«.¹¹ In diesen Jahren hätte sich also wohl kaum jemand vorstellen können, dass der »Hauptbefrieder« des Dorfes kurze Zeit später eine geradezu entgegengesetzte Politik initiieren würde, die das Land immense Opfer an Menschen und materiellen Gütern kostete.

Auf dem fünfzehnten Parteitag bekannte Stalin erstmals, dass es ein »gewisses Wachstum des Kulakentums im Dorfe« gebe, formulierte aber dennoch sehr vorsichtig, wie es »ökonomisch einzuschränken und zu isolieren« sei: »Unrecht haben die Genossen, die da glauben, man könnte und müsste mit dem Kulaken durch administrative Maßnahmen, durch die GPU Schluss machen ... Der Kulak muss durch wirtschaftliche Maßnahmen und auf dem Boden der sozialistischen Gesetzlichkeit angepackt werden.«¹²

Erst als Stalin mit der akuten Getreidebeschaffungskrise konfrontiert wurde, verwandelte er sich buchstäblich innerhalb weniger Tage von einem »Befrieder« des Dorfes in einen grausamen »Bezähmer« und dies mit Metho-

den, die bisher noch von niemandem aus der Partei vorgeschlagen worden waren. Ohne in dieser wie auch in anderen grundlegenden sozialökonomischen Fragen eine klare Strategie zu haben, setzte er die vom fünfzehnten Parteitag verkündete Politik rein empirisch um und ging dabei sowohl in der Praxis als auch im ideologischen Bereich immer wieder ein Stück rückwärts.

In der ersten Zeit wurde Stalin bei den durchaus ernsthaften »Vorwärtsbewegungen« in der praktischen Politik vom gesamten Politbüro unterstützt, auch von der späteren Bucharin-«Troika«. Bereits während des fünfzehnten Parteitags hatte eine Beratung der örtlichen Parteifunktionäre bei Rykow stattgefunden, auf der, einem Teilnehmer zufolge, »die Zentrale die Schrauben anzuziehen begann, was die ernste Situation bei der Getreidebeschaffung betraf«.

Am 14. und 24. Dezember 1927 wurden vertrauliche Direktiven des ZK an die örtliche Ebene versandt mit der Forderung, die Menge des bereitgestellten Getreides um jeden Preis zu erhöhen. Zur Lösung dieses Problems sollten noch relativ sanfte Maßnahmen angewendet werden: Das von den Dorfbewohnern gesparte Geld sollte abgeschöpft werden, indem beispielsweise alle von den Bauern zu leistenden Zahlungen – Steuern, Versicherung, Darlehenstilgung – sofort eingezogen wurden oder Vorauszahlungen für Industriewaren und landwirtschaftliche Maschinen zu leisten waren.

Da diese Direktiven »keine Wirkung zeigten«, schickte das ZK am 6. Januar 1928 eine dritte ab, die, Stalin zufolge, »sowohl ihrem Ton als auch ihren Forderungen nach völlig ungewöhnlich«¹³ war. Diese Direktive, die im Grunde die Politik der außerordentlichen Maßnahmen einleitete, schrieb die Schuld für die Schwierigkeiten bei der Getreidebeschaffung dem örtlichen Partei-, Staats- und Genossenschaftsapparat zu. Sie forderte die Anwendung »besonderer repressiver Maßnahmen ... gegenüber Kulaken und Spekulanten, die die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse kaputt machen«, und warnte, das ZK werde vor der Notwendigkeit stehen, »die heutigen Leiter der Parteiorganisationen auszuwechseln«, wenn es ihnen nicht gelänge, innerhalb eines Monats eine entscheidende Wendung bei der Getreidebeschaffung herbeizuführen. In der nächsten Direktive vom 14. Januar hieß es, das ZK habe beschlossen, »brutalen Druck auf unsere Parteiorganisationen auszuüben«, und es wurde die Forderung bekräftigt, »Spekulanten, Kulaken und sonstige Störenfriede des Marktes und der Preispolitik« zu verhaften. Der Ural und Sibirien wurden als letzte Reserve genannt, um vom Lande Getreidevorräte abzupumpen, und daher müsse man in diesen Regionen »nachhaltigen Druck ausüben«.¹⁴

Diese Direktiven waren das Ergebnis eines einstimmigen Politbürobeschlusses über die Anwendung außerordentlicher Maßnahmen, d. h. über administratives und gerichtliches Vorgehen gegen die wohlhabenden Bauern

mit dem Ziel, sie zu zwingen, ihr überschüssiges Getreide dem Staat zu niedrigen Aufkaufpreisen zu überlassen. Dabei sollte ein entsprechender Druck nur gegenüber den größten Kulaken angewendet werden, die mehr als 30 Tonnen Korn zurückhielten. Zu diesem Beschluss hatten allerdings nicht nur die spätere oppositionelle »Troika«, sondern auch andere Mitglieder des Politbüros nur nach erheblichen Einwendungen ihre Zustimmung gegeben. Auf dem Plenum des ZK und der Zentralen Kontrollkommission (ZKK) im April 1929 sagte Kalinin: »Für die außerordentlichen Maßnahmen des vergangenen Jahres hat das gesamte Politbüro einmütig gestimmt, auch ich. Aber das heißt nicht, dass ich auch für diese außerordentlichen Maßnahmen war.«¹⁵

Die Parteiführer mussten sich im Klaren darüber sein, dass es sich im Grunde genommen um die Rückkehr zur Getreidepflichtabgabe handelte, wie sie seinerzeit von den Komitees der Dorfarmut beschlossen worden war und wie sie Stalin und die anderen Führer der herrschenden Fraktion jedoch in den vergangenen Jahren mit aller Strenge abgelehnt hatten.

Die Leitung bei der Durchsetzung der außerordentlichen Maßnahmen oblag unmittelbar den Mitgliedern des Politbüros. In den siebziger Jahren erinnerte sich Molotow, dass er bereits am 1. Januar 1928 »wegen der Getreidebeschaffung in Melitopol sein musste. In der Ukraine. Korn herauspumpen.«¹⁶

Mitte Januar fuhr Molotow in den Ural und Stalin nach Sibirien (diese Reise war Stalins letzte »Dienstreise« durch das Land). Einige Aufzeichnungen über Stalins öffentliche Auftritte während der Sibirienreise wie auch die meisten seiner anderen Reden aus dem Jahre 1928, in denen er die administrative Verschärfung der Politik auf dem Lande begründete, wurden erst 1949 veröffentlicht.

Während der dreiwöchigen Reise, deren Route sorgfältig geheim gehalten wurde, verlangte Stalin auf Versammlungen des Parteiaktivs von den örtlichen Parteifunktionären kategorisch das erbarmungslose Vorgehen gegen die Bauern, die sich weigern würden, Getreide an den Staat zu verkaufen, und dabei die Anwendung des Artikel 107 des Strafgesetzbuches, der die strafrechtliche Verantwortlichkeit (Freiheitsentzug, verbunden mit völliger oder teilweiser Vermögenskonfiskation) für »vorsätzliche Preiserhöhung durch Aufkauf, Verhehlung oder Unterschlagung dieser Waren« vorsah. Ebenso strikt verlangte er die unverzügliche Amtsenthebung der Staatsanwälte und Richter sowie der Partei- und Staatsfunktionäre, die Unentschlossenheit bei der Anwendung dieser Maßnahmen zeigen würden.

Bei seinem Auftreten in Sibirien gab Stalin unzweideutig zu verstehen, dass sich die außerordentlichen Maßnahmen nicht nur gegen die Kulaken, sondern auch gegen die Mittelbauern richten müssten. Einmal sagte er: »Die Argumente der Stärke haben die gleiche Bedeutung wie die Argumente der Wirtschaft«, und erläuterte, worin diese »Argumente« bestehen müssten: »Wie

denkt denn der Mittelbauer? Er denkt: »Es wäre gut, wenn man mehr gezahlt bekäme, aber es ist hier eine heikle Sache. Den Pjotr hat man eingesperrt und den Wanja auch, man kann auch mich einsperren. Nein, da verkaufe ich das Korn lieber. Der Sowjetmacht muss man Rechnung tragen.«¹⁷ Und diese Argumente der Stärke haben ihren Einfluss auf den Mittelbauern.¹⁷

Noch bevor Stalin in die Bezirke und Kreise der Sibirischen Region kam, waren zum Kampf gegen die reichen Getreidebesitzer und die Privataufkäufer außerordentliche »Troikas« gebildet worden, denen alle staatlichen Stellen und die Rechtsorgane unterstellt waren. In dieser Phase war das Vorgehen der sibirischen Parteiorgane jedoch noch relativ zurückhaltend. Ein Beschluss des Parteikomitees der Region sah vor, maximal 500 bis 1.500 der reichsten Großgrundbesitzer, die große Kornvorräte zurückgehalten hatten, vor Gericht zu stellen, d. h. etwa 1 % aller in Sibirien ansässigen Kulaken.

Nach Stalins Ankunft änderte sich die Situation drastisch. Er erklärte in seinen Gesprächen mit dem Parteiaktiv: »Das Land braucht Korn«; »wenn wir Korn haben, können wir den Sozialismus errichten, wenn wir kein Korn haben, können wir es nicht.« Gemäß seiner Forderung, Straftaten nach Artikel 107 besonders dringlich und forciert zu behandeln, fasste das Parteikomitee der Sibirischen Region den Beschluss, die Ermittlungen bei derartigen Angelegenheiten innerhalb von 24 Stunden und die Verhandlung innerhalb von drei Tagen durch eine Gerichtssitzung vor Ort ohne Hinzuziehung eines Verteidigers zum Abschluss zu bringen. Den Volksrichtern war es untersagt, die Beschuldigten freizusprechen oder Bewährungsstrafen zu verhängen; die Bezirksgerichte durften die Urteile nicht mildern und Kassationsbeschwerden nicht stattgeben (die letztgenannte Vorschrift wurde erst am 25. Februar abgeschafft, nachdem der Staatsanwalt der RSFSR* Krylenko Einspruch eingelegt hatte).

Bei seinem Auftreten in Sibirien wies Stalin die von den örtlichen Funktionären geäußerten Bedenken, dass die außerordentlichen Maßnahmen die Situation auf dem Lande verschlechtern könnten, schroff zurück. Wegen mangelhafter Aktivität bei der Durchsetzung der außerordentlichen Maßnahmen wurden von Januar bis Mai 1928 gegen 1.434 sibirische Kommunisten Parteistrafen verhängt, 278 davon beinhalteten den Parteiausschluss. Viele Partei-, Staats und Genossenschaftsfunktionäre wurden ihrer Ämter enthoben. Vorsitzende und Mitglieder von Dorfsowjets sowie Leiter von Genossenschaften wurden auf dem Verwaltungsweg kurzzeitig in Gewahrsam genommen. Auf der Welle dieser »außerordentlichen« Hysterie konnten die brutalsten Vollstrecker nach oben schwimmen, wie beispielsweise ein Bevoll-

* RSFSR – Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik.

mächtiger für die Getreidebeschaffung, der als Antwort auf die Weigerung örtlicher Funktionäre, ungesetzliche Handlungen zu begehen, sagte: »Genosse Stalin hat euch die Losung gegeben – macht Druck, schlägt zu, seid hart.«¹⁸

Bei der Getreidebeschaffung in Sibirien kam es in großem Ausmaß zu Getreideaufkäufen zu unterschiedlichen Preisen, zur Inventarisierung und zum Verkauf des bäuerlichen Eigentums, zur vorfristigen Einforderung der Landwirtschaftssteuer und zu Repressionen gegen säumige Schuldner, größtenteils Mittelbauern, die kein Geld zur Zahlung der Steuer hatten. In vielen Dörfern wurden alle Bauernhöfe durchsucht und diejenigen Besitzer verhaftet, bei denen Getreidevorräte gefunden wurden. Um zu erreichen, dass die Dorfarmut die außerordentlichen Maßnahmen unterstützte, versprach man, ihr bis zu 25 % des konfiszierten Getreides für den Eigenbedarf der Familie zur Verfügung zu stellen.

Die Gerichte, die sich in Vollzugsapparate der Troikas und Bevollmächtigten verwandelt hatten, fassten Beschlüsse, wonach nicht nur Getreide, sondern auch Vieh und Landtechnik zu konfiszieren sei. Nach unvollständigen Angaben wurden im ersten Halbjahr 1928 in Sibirien mehr als 2.200 Bauern vor Gericht gestellt. Diese Maßnahmen, die auch in anderen Regionen breite Anwendung fanden, erhielten die Bezeichnung »Getreidebeschaffungsmethode Ural-Sibirien«.

Infolge dieser Methoden begannen die Bauern ihr Korn abzuliefern. Einige Tage nach seiner Ankunft in Sibirien hatte Stalin an das ZK gemeldet: »Mit einem brutalen Regime kann man das Versäumte aufholen.« Weitere zwei Wochen später informierte er darüber, dass in den letzten fünf Tagen des Januar über die gewöhnliche Norm von 1,2 Millionen Pud hinaus etwa 3 Millionen Pud Korn abgeliefert wurden. Daraus schlussfolgerte er, dass die erhöhten Ablieferungspläne erfüllt werden würden, »wenn weiterhin mit unverminderter Kraft Druck ausgeübt wird«.¹⁹

Jedoch selbst bei dem »brutalen Regime« sah man, dass es in Sibirien relativ wenige Bauernwirtschaften gab, in denen die Getreidevorräte über 1.870 Pud (30 t) betrug und gegen die man, entsprechend dem Politbürobeschluss, Sanktionen verhängen konnte. Im Durchschnitt wurden per Gerichtsbeschluss pro Wirtschaft 886 Pud Korn konfisziert.

Als Reaktion auf diese außerordentlichen Maßnahmen kam es in Sibirien zu 13 bewaffneten Bauernaufständen, an denen sich zwischen 15 und 300 Menschen beteiligten. Weitaus zahlreicher waren die Terroranschläge gegen die Organisatoren der Getreidebeschaffung.

Die außerordentlichen Maßnahmen kamen für die Kommunisten auf dem Lande überraschend. Viele von ihnen wurden unsicher und verhielten sich ablehnend gegenüber der brutalen Beschlagnahmung von Korn. Solche Stimmungen gab auch ein Spezialbericht der Sibirischen OGPU-Verwaltung vom

10. Februar 1928 wieder, in dem typische Äußerungen von kommunistischen Kleinbauern oder Komsomolzen angeführt wurden: »Die von der Partei betriebene Politik führt uns in den Ruin«; »diesem Druck haftet der Geruch von 1920 an«; »die Bauern werden offenbar wie 1919/20 Lanzen schmieden und für sich selbst eintreten müssen«. Der Vorsitzende der Politischen Abteilung, Stepanow, sagte: »Die Opposition hatte Recht, denn diese Politik des ZK hat zu einer Krise geführt«, und wurde daraufhin sofort seines Amtes enthoben.²⁰

Unter dem Einfluss derartiger Ereignisse und Stimmungen begann man im Sommer 1928 die »Überspitzungen« zu glätten. 494 Personen, die im Zusammenhang mit der Getreidebeschaffung verurteilt worden waren, ließ man frei. Andererseits wurden gegen unmittelbare Vollstrecker stalinscher Weisungen 801 Verfahren wegen Amtsmissbrauchs während der Getreidebeschaffung eingeleitet. Im zweiten Halbjahr 1928 hörten die antisowjetischen Massenerhebungen in Sibirien auf.

Während seiner Sibirienreise charakterisierte Stalin die Getreidekrise erstmals nicht nur als Ergebnis von »Sabotage durch die Kulaken«, sondern auch als Folge einer schwachen Entwicklung der Kolchosen und Sowchosen. Infolgedessen wurde nicht nur das Recht der Bauern auf eine freie Verfügung über ihr überschüssiges Getreide weiter reduziert. »Um für die Getreidebeschaffung eine mehr oder weniger befriedigende Grundlage zu schaffen«, sagte Stalin, sei es notwendig, »dass man ausnahmslos alle Bezirke unseres Landes mit Kollektivwirtschaften (und Sowjetwirtschaften) überziehen muss, die imstande sind, nicht nur die Kulaken, sondern auch die Einzelbauern als Lieferanten von Getreide an den Staat zu ersetzen.«²¹ Entsprechend dieser Orientierung erging am 1. März 1928 an die örtlichen Parteiorganisationen das Rundschreiben »Über die Frühjahrsaussaat«, in dem es hieß: »Die gesamte Arbeit der örtlichen Parteiorganisationen bei der Durchführung der Aussaatkampagne wird danach bewertet, welche Erfolge bei der Ausweitung der Saatflächen und bei der Kollektivierung der Bauernwirtschaften erreicht werden.«²²

Diese Richtlinie, die nicht öffentlich bekannt gegeben und bis Ende 1929 de facto auch nicht umgesetzt wurde, bedeutete eine entschiedene Abkehr von den noch bis vor kurzem geltenden offiziellen Weisungen Stalins. Im November 1927 hatte dieser in einer Unterredung mit ausländischen Arbeiterdelegationen erklärt: »Wir gedenken, den Kollektivismus in der Landwirtschaft allmählich, durch Maßnahmen ökonomischer, finanzieller und kultur-politischer Art zu verwirklichen.« Weiter sagte er mit aller Bestimmtheit: »Eine allumfassende Kollektivierung wird dann eintreten, wenn die bäuerlichen Wirtschaften mittels Mechanisierung und Elektrifizierung auf moderner technischer Grundlage umgestaltet sein werden ... Dahin geht die Entwicklung, aber dahin ist es noch nicht gekommen und wird es so bald nicht kommen.«²³